

Das ist Sommarugas Klimaplan

Die Umweltministerin stellt einen direkten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative vor – mit Passus zum Land. Die Abstimmung zum CO₂-Gesetz hat verdeutlicht: Die Krux der Klimapolitik liegt nicht in abstrakten Zielen, sondern in konkreten Massnahmen.

Othmar von Matt

BERN. Klimaneutralität bis 2050: Dieses grundsätzliche Ziel teilen sowohl der Bundesrat wie der Verein Klimaschutz, der 2019 die Gletscherinitiative lanciert hat. Dann enden die Gemeinsamkeiten allerdings. Deshalb hat der Bundesrat gestern einen direkten Gegenvorschlag zur Initiative verabschiedet. Er verzichtet auf ein Verbot für fossile Brenn- und Treibstoffe, wie es die Initiative fordert. Auch will er die spezielle Situation von Berg- und Randgebieten in der Verfassung berücksichtigen, genauso wie die Bedürfnisse von Armee, Polizei und Rettungsdiensten.

Ziele wie Netto Null bis 2050 geben zwar die Stossrichtung der Klimapolitik vor. Die Abstimmung zum CO₂-Gesetz hat aber verdeutlicht: Die Krux der Klimapolitik liegt nicht in abstrakten Zielen, sondern in konkreten Massnahmen. Sie liessen das Gesetz scheitern.

Viele wollen Massnahmen

Deshalb stehen SP, Grüne, Mitte und GLP einem direkten Gegenvorschlag skeptisch gegenüber. Er will einfach die Klimaneutralität bis 2050 in der Bundesverfassung verankern. Sie hingegen plädieren für einen indirekten Gegenvorschlag. «Eine abstrakte Verfassungsbestimmung setzt noch keine Massnahme um», sagt GLP-Präsident Jürg Grossen. «Es ist der Königsweg, wenn wir einen indirekten Gegenvorschlag mit konkreten Massnahmen auf Gesetzesebene schaffen. Und wenn die Initianten die Gletscherinitiative zurückziehen, weil ihre Anliegen auf gesetzlicher Ebene erreicht werden.» Die grosse Frage sei: «Geht das zeitlich auf?».

Umweltministerin Simonetta Sommaruga hat an der Medienkonferenz von gestern einen Schritt gemacht in diese Richtung. Nach dem Nein zum CO₂-Gesetz bereitet sie hinter den Kulissen eine neue Gesetzesrevision mit konkreten Massnahmen vor. Dafür hat sie Gespräche aufgenommen mit den involvierten Kreisen, auch mit den Gegnern des CO₂-Gesetzes. «Wir müssen sorgfältig vorgehen und eine gemeinsame Basis finden», sagte sie.

Vor allem öffnete Sommaruga die Türen für einen indirekten Gegenvorschlag des Parlaments. Wenn schon eine neue Gesetzesrevision vorliege, dürfte im Parlament die Diskussion aufgenommen, ihn als indirekten Gegenvor-



Auch der Aletschgletscher schmilzt, der längste Gletscher Europas.

BILD KEY

schlag zur Gletscherinitiative zu verwenden, hielt sie fest – und betonte: «Dieser Diskussion möchte sich der Bundesrat nicht verschliessen.» Über welche konkreten Massnahmen sie nachdenkt, wollte die Umweltministerin nicht verraten. Das sei zu früh, es gebe noch kein konkretes Projekt. Ein Beispiel erwähnte sie dann aber doch: die Elektromobilität. Kaum jemand hätte vor zwei Jahren gedacht, dass sie sich dermassen schnell entwickle. «Schreitet sie weiter so voran», sagte sie, «wird sich die Frage stellen, wo die Infrastruktur ist – und wie wir sicherstellen, dass sie vorhanden ist.»

Sie sprach damit die Ladestationen an. Auch GLP-Präsident Jürg Grossen, gleichzeitig Präsident von Swiss eMobility, sieht hier die grosse Herausforderung. «Es ist sehr zentral, dass eine gesetzliche Grundlage für Ladestationen geschaffen wird», sagt er. «Im ersten Halbjahr 2021 waren rund 20 Prozent

der Neuwagen mit einem Stecker ausgestattet.» Zahlreiche grosse Autohändler hätten zudem in Aussicht gestellt, betonte er, «dass sie ab 2030 kaum noch Personenwagen mit Verbrennungsmotoren verkaufen werden». Katrin Schneeberger, die Direktorin des Bundesamts für Umwelt (Bafu), zeigte an der Medienkonferenz auf, welche Bereiche bis 2050 das Netto-Null-Ziel erreichen können. Dazu gehören der Verkehr und der Gebäudebereich. Auch die Industrie wird es nahe an die Klimaneutralität schaffen und 90 Prozent der CO₂-Emissionen abbauen können. Probleme gibt es hier im Zement- und im Kehrtrichtbereich.

Die Landwirtschaft hingegen wird ihre Emissionen im Inland bis 2050 nur um 40 Prozent reduzieren können. Tiere und Düngemittel sind hier das Hauptproblem. Wichtig wird sein, wie viel Fleisch die Menschen noch essen. Nicht beziffern lassen sich die Reduktionen im Finanzbereich.

«Wir müssen sorgfältig vorgehen, eine gemeinsame Basis finden.»

Simonetta Sommaruga
Umweltministerin

Die neue Revision des CO₂-Gesetzes, die Simonetta Sommaruga nun angeht, soll 2025 in Kraft treten. Bis zu diesem Zeitpunkt gilt das alte Gesetz, wohl zusammen mit einer Art Notverordnung, welche die Umweltkommission des Nationalrats per parlamentarische Initiative fordert: Sie soll regeln, wie wichtige Lücken geschlossen werden können, die mit dem Nein der Bevölkerung zum CO₂-Gesetz bis Ende 2024 entstehen. So sollen etwa Unternehmen weiterhin von der CO₂-Abgabe befreit werden, wenn sie in Klimaschutzmassnahmen investieren.

Die neue Gesetzesrevision könnte von 2025 bis 2030 in Kraft treten, oder auch bis 2035. Denn das Nein hat zu einer Verzögerung geführt. Klar scheint, dass sie – wie die gescheiterte Revision – das Ziel enthält, die Treibhausgasemissionen bis 2030 zu halbieren. Dazu hat sich die Schweiz international verpflichtet. Und es ist nicht die Art der Schweiz, solche Abkommen zu verletzen.

Wann fliessen die Gelder an die EU?

Der Streit um die 1,3 Milliarden dreht sich nicht nur um Inhalte, auch der Zeitplan wird zum Politikum. Wie angekündigt will der Bundesrat die ausstehende Kohäsionsmilliarde an die EU schnell deblockieren.

Anna Wanner

BERN. Der Bundesrat hat dem Parlament beantragt, die 1302 Millionen Franken Kohäsionszahlungen an die EU zu deblockieren und zwar «so rasch wie möglich». Wenn eine Mehrheit des Ständerats und Nationalrats dies ebenfalls will, sollte dies eine reine Formsache sein. Denn das Parlament hat die zwei Rahmenkredite 2019 bereits beschlossen: 1047 Millionen Franken sollen in den dreizehn neueren EU-Staaten eingesetzt werden, um wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten zu verringern. 190 Millionen Franken gehen auch an andere Staaten, die von Migration stark betroffen sind. Und 65 Millionen Franken berechnet die Verwaltung für den eigenen Aufwand.

Doch hat das Parlament die Genehmigung dieser Kredite vor zwei Jahren an eine Bedingung geknüpft: Das Geld wird zurückgehalten, «wenn und solange die EU diskriminierende Massnahmen gegen die Schweiz erlässt». Das

Parlament reagierte mit dieser Klausel auf den Entscheid der EU, die Anerkennung der Schweizer Börse Ende 2019 nicht zu verlängern. Seit dieser Diskriminierung seitens der EU sind die Kohäsionszahlungen blockiert.

Diskussion frühestens im Winter

Der Bundesrat hat es nun aber eilig. Im Mai hat er die Verhandlungen zum Rahmenabkommen mit der EU abrupt abgebrochen, jetzt will er einerseits zeigen, dass die Schweiz auch ohne institutionelles Abkommen eine «verlässliche Partnerin» bleibe. Und zweitens einen neuen Impuls in den Beziehungen zur EU auslösen. Die Kohäsionszahlung soll Fortschritte in weiteren Dossiers ermöglichen – etwa die Teilnahme am Forschungsprogramm «Horizon».

In der gestern verabschiedeten Botschaft verlangt der Bundesrat konkret, das Parlament solle die Gelder in der Herbstsession deblockieren.

Stand heute wird dies nicht möglich sein. Zwar wird die Aussenpolitische

Kommission des Ständerats das Geschäft in der nächsten Sitzung fertig beraten. Es wäre dann bereit für die Herbstsession, die im September stattfindet. Doch ist es im Entwurf der Sessionsplanung erst am Donnerstag der dritten Sessionswoche traktandiert, das ist der letzte Tag der Session. Und das bedeutet: Für den Nationalrat bleibt keine Zeit, das Geschäft vor der Winter-session zu beraten.

Es fehlen inhaltliche Argumente

Unklar ist, ob die Planung noch über den Haufen geworfen wird. Aussenpolitiker und Mitte-Ständerat Benedikt Würth (SG) will Hand bieten und die Beiträge deblockieren. «Nur so kommen die Gespräche mit der EU wieder in die Gänge.» Allerdings sieht er den Grund für die Eile nicht. «Wenn wir von der Verfahrensordnung abweichen sollen, dann muss der Bundesrat dies gut begründen.» Doch bis jetzt gebe es noch keine Hinweise, dass beispielsweise bei «Horizon» eine schnell-

lere Lösung möglich sei, sagt Würth. In die gleiche Kerbe schlägt Ständeratspräsident Alex Kuprecht: «Es gibt klare Gepflogenheiten: Das Geschäft ist dem Ständerat als Erstrat zugeteilt.» Bereits gegenüber dem Schweizer Radio SRF sagte er vor einer Woche, das fünfköpfige Ständeratsbüro, das für die Sessionsplanung zuständig ist, habe einstimmig entschieden, dass kein dringliches Verfahren nötig sei.

SVP-Mann Kuprecht negiert zudem, dass der Zeitplan politisch motiviert sei: «Der Entwurf der Sessionsplanung stammt von den Parlamentsdiensten.» Dass die Kohäsionsmilliarde am letzten Donnerstag traktandiert ist, habe einen Grund: «Wir müssen bei der Planung auf die zuständigen Bundesräte Rücksicht nehmen.» Und Bundesrat Ignazio Cassis weile während der zweiten Sessionswoche an der UNO-Generalversammlung in New York.

Just die FDP hat gestern eine Medienmitteilung verschickt, in der sie eine

«rasche» Freigabe der Gelder verlangt, um «eine positive Grundlage für weitere Gespräche zu schaffen». Mit einem positiven Signal könne der Bundesrat den Dialog wieder eröffnen.

Schlechtes Timing oder Schikane?

FDP-Ständerat Andrea Caroni (AR) plädiert darum für einen pragmatischen Ansatz: «Der Ständerat sollte das Geschäft in der ersten Woche traktandieren. So lassen wir dem Nationalrat die Möglichkeit, nachzuziehen.» Das Geschäft extra spät einzuplanen, sei fast schon schikanös. Caroni relativiert, bei den Kohäsionsgeldern gehe es nicht um Leben und Tod.

Nur: «Wenn wir bereit sind, Millionen auszugeben, dann tun wir das lieber früher als später.» Ein Zeichen des Goodwills habe jetzt grössere Wirkung. Tatsächlich ist das Sessionsprogramm nicht in Stein gemeisselt. Das Büro des Ständerats tagt Ende August nochmals. Änderungen wären aber auch kurzfristig noch möglich.